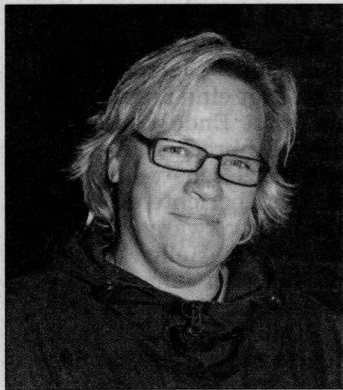


Ausschuss für Schulsozialarbeiterin

Maike Doerenberg soll in Diensten des Schulverbands Küste Dänischer Wohld bleiben

Dänischenhagen. Benötigt die Gemeinde eine Schulsozialarbeiterin und ist sie bereit, die Kosten auch ohne Förderung zu tragen? Diese Frage stand am Mittwochabend bei der Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses im Mittelpunkt – und fanden in dem Gremium unter dem Vorsitz von Ursula Liewert (SPD) eine eindeutige Antwort.

Seit Mai 2013 steht Maike Doerenberg als Schulsozialarbeiterin in Diensten des Schulverbands Küste Dänischer Wohld. Die 45-Jährige gibt zurzeit jeweils zehn Wochenstunden an den Grundschulen in Surendorf und in Dänischenhagen. Ihre Arbeit reicht von der Vermittlung von Lernstrategien über



Schulsozialarbeiterin Maike Doerenberg unterstützt Kinder in allen Lebenslagen. Foto Timm

häusliche Unterstützungsmaßnahmen bis hin zur Kooperation mit Gemeinde und Ämtern. Die pädagogisch und

therapeutisch ausgebildete Doerenberg beschrieb sich auf Nachfrage der KN als Schnittstelle zwischen Schülern, Lehrern, Eltern und den Ämtern. Bisher wird die Stelle von den Schulen und aus Landesmitteln finanziert – auch im kommenden Jahr, wie mittlerweile bekannt wurde. Fiele die Förderung weg, müsste die Gemeinde Dänischenhagen mit rund 9500 Euro jährlich einspringen.

Um die Bedeutung der Schulsozialarbeit hervorzuheben, hatte sich neben Schulleiterin Gesa Meißner und Vertreterinnen der Elternschaft auch Dorothee von Heiden, Lehrerin und Personalrätin der Grundschule, für eine Fortsetzung der Zusam-

menarbeit ausgesprochen: „Das Kollegium ist sehr zufrieden. Für uns ist es nicht vorstellbar, dass die Stelle gestrichen werden könnte.“

Die Ausschussmitglieder sprachen sich einstimmig dafür aus, dass die Schulsozialarbeit unbefristet fortgeführt wird und die Gemeinde die entstehenden Kosten trägt. Die Entscheidung muss noch vom Finanzausschuss und der Gemeindevertretung abgesegnet werden.

Das vorläufige Ergebnis zur Bedarfsermittlung von Krippenplätze zeigte, dass sich Eltern vor allem längere Betreuungszeiten und Schlafmöglichkeiten wünschen. Ein Runder Tisch zum Thema folgt Ende November. lti